

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

21.10.1932 (No. 247)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfach Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen
Chefredakteur
C. A. v. d. B.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen ermäßigter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Inhalt der Zeitung verfallen, in beschlagnahmten Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unterlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Finanzlage Badens

Erklärungen des badischen Finanzministers

Finanzminister Dr. Mattes nahm heute, Freitagmittag, in einer Pressebesprechung im badischen Finanzministerium Stellung zu den Kommentaren, mit denen die nationalsozialistische Presse seine in einer kürzlichen Pressekonferenz abgegebenen Erklärungen zur Finanzlage begleitet hat. Man habe ihm den Vorwurf gemacht, er hätte Badens Finanzlage unrichtig dargestellt und nur die schöne Seite gezeigt. Dabei hat man ein Rundschreiben herangezogen, worin eine 10prozentige Kürzung des Sachaufwandes verlangt wird.

Was aus dem Finanzministerium herausgehe, so führte der Minister aus, brauche das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Es würden in dem erwähnten Rundschreiben keinesfalls neue Gehaltskürzungen angedeutet, vielmehr das Bestreben bekundet, solche zu vermeiden. Die Auslegung der nationalsozialistischen Presse sei unrichtig und entspreche auch heute nicht den Absichten des Finanzministers. Auch der Vorwurf, die Beamtengehälter würden durch Schulden finanziert, sei sachlich nicht berechtigt. Man könne darüber erst urteilen, wenn der endgültige Rechnungsabschluss vorliege.

Als Ursachen des Kreditbedarfs des badischen Staates bezeichnete der Minister die ungleichmäßige Verteilung der Einnahmen innerhalb eines Vierteljahres, den Wechsel in den Schulverhältnissen, die zeitlich verschiedene Verteilung der Einnahmen und Ausgaben innerhalb des ganzen Rechnungsjahres. Die Entwicklung habe auch der badischen Regelung der Gehaltszahlungstermine recht gegeben. Inzwischen haben alle größeren Länder Maßnahmen treffen müssen, die sich zum Teil weit härter auswirken als das, was Baden auf diesem Gebiete getan hat.

Dazu trug der Finanzminister folgendes Zahlenmaterial vor:

a) Ursachen des Kreditbedarfs des badischen Staates
1. Ungleichmäßige Verteilung der Einnahmen innerhalb eines Vierteljahres.

Es betragen die Reichsteuereinzahlungen in Baden in den Monaten April bis einschließlich September in den Jahren

	1931	1932
im Monat April	8 496 475	5 770 259
„ „ Mai	5 841 837	3 713 827
„ „ Juni	3 046 160	4 245 975
„ „ Juli	5 333 705	5 637 373
„ „ August	7 582 700	3 727 111
„ „ September	4 665 600	3 399 806

Summe 1. Halbjahr: 34 951 477 RM. 26 494 851 RM.

2. Tilgung und Neuaufnahme von kurzfristigen Schulden.
Tilgung eines Kredits von 2 Millionen Reichsmark im Monat August.

3. Zeitlich verschiedene Verteilung der Einnahmen und Ausgaben des badischen Staates innerhalb des ganzen Rechnungsjahres.

Es betragen die Gesamteinnahmen und -ausgaben in den einzelnen Vierteljahren der Jahre 1930 und 1932:

	1.	2.	3.	4.
	Vierteljahr			
Gesamteinnahmen	1.	2.	3.	4.
1930	61,4	71,1	69,9	82,2
1932	48,3	45,8	—	—

Gesamtausgaben

1930	63,9	69,8	70,8	86,2
1932	45,9	52,3	—	—

b) Notmaßnahmen der Länder zur Deckung des Fehlbetrags, der durch den Rückgang der Reichsteuereinzahlungen eingetreten ist.

1. Preußen.
a) Gehaltskürzung.
Von den Dienst- und Versorgungsbezügen der Beamten einschl. der Angestellten werden vom 1. Juli 1932 an 2½ Prozent einbehalten und für ledige und kinderlos Verheiratete erhöht sich der einzubehaltende Teil auf 5 Proz.

b) Nachträgliche Gehaltszahlung.
Sein Viertel des Gehalts wird am 11. und 21. des Monats bezahlt.

Keine Wahlen im Rundfunk. Nach den neuen Leitfäden für den Rundfunk sollen die Rundfunkanstalten von parteipolitischen Darbietungen freigehalten werden. In Verfolg dieser Leitfäden hat das Reichsministerium des Innern beschlossen, den politischen Parteien den Rundfunk im gegenwärtigen Wahlkampf für Wahlen nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Vor der letzten Reichstagswahl war bekanntlich den großen Parteien der Rundfunk für eine halbe Stunde freigegeben worden.

Verabschiedung der Loszahl bei der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie. Die Verwaltung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wird die vor kurzem beschlossene Herabsetzung der Loszahl nicht mit einem Male in vollem Umfang, sondern schrittweise vollziehen. Bei der 41. im nächsten Frühjahr beginnenden Lotterie, werden zunächst 200 000 Lose dadurch vom Verkauf ausgeschlossen werden, daß von jeder Losnummer nur die ersten sechs Ächse zum Verkauf gelangen. Dem Wünsche nach ganzen und Doppellosen wird jedoch auch weiterhin entsprochen werden können.

Einsparungen in Frankreich. Im Finanzausschuß der französischen Kammer entwickelten der Budget- und der Finanzminister die Einsparungen zur Ausgleichung des Defizits. 8 Milliarden Francs sollen durch Einsparungen gedeckt werden, während die restlichen 4 Milliarden durch die Konvertierungsmassnahmen abgedeckt sind.

c) Kürzung der sachlichen Ausgaben.
Über die letzten 10 v. H. der im Haushaltsplan vorgesehenen sachlichen Ausgaben darf nur im Einverständnis mit dem Finanzministerium verfügt werden.

2. Bayern.
Übergang zur nachträglichen Gehaltszahlung, wobei die Gehaltszahlungstermine voraussichtlich etwa doppelt so rasch wie in Baden hinausgeschoben werden. Im Oktober wurden die Dienst- und Versorgungsbezüge zur Hälfte am 1. und zu je einem Viertel am 17. und 25. bezahlt.

3. Württemberg.
a) Einführung einer Schlachtsteuer, die jährlich 8 Millionen bringen soll, während der badische Staat aus seiner Fleischsteuer im Jahre 1932 2 550 000 RM. erwartet. Die württembergische Schlachtsteuer ist also beinahe dreimal so hoch wie die badische Fleischsteuer.

b) Übergang zur nachträglichen Gehaltszahlung in der Weise, daß die zweite Hälfte der Dienst- und Versorgungsbezüge, die im Oktober am 17. des Monats bezahlt wurde, so rasch hinausgeschoben wird, daß sie im Februar 1933 auf den letzten des Monats fällt.

4. Sachsen.
Übergang zur nachträglichen Gehaltszahlung für die Gesamtsumme der Dienstbezüge schon im Kalenderjahr 1932.
Im Oktober werden je ein Drittel der Dienst- und Versorgungsbezüge am 4., 15. und 25. bezahlt. Die Zahlungstermine sollen je nach der Kassenlage weiter hinausgeschoben werden; und zwar beabsichtigt Sachsen, wenn die finanziellen Schwierigkeiten bis Anfang 1933 nicht behoben sind, die Zahlungstermine so rasch zu verschieben, daß im März 1933 die erste Hälfte am 16. und die zweite Hälfte am 31. bezahlt wird.

5. Hessen.
Nach Zeitungsmitteilungen ist die Einführung einer Schlachtsteuer beabsichtigt.

6. Oldenburg (Nationalsozialistische Regierung).
a) Nachträgliche Gehaltszahlung der Gesamtbezüge, und zwar je ein Drittel am 6., 16. und 26.
b) Gehaltskürzung ab 1. Oktober 1932, bei Einhaltung einer Freigrenze von 2500 RM., und zwar bei den Gehältern bis zu 3000 RM. eine Kürzung von 3 Proz., von 3—6 000 RM. eine Kürzung von 6 Proz., von 6—9 000 RM. eine Kürzung von 9 Proz., von 9—12 000 RM. eine Kürzung von 12 Proz., über 12 000 RM. eine Kürzung von 20 Proz. Diese Kürzungen werden ohne Rücksicht auf die früheren Kürzungen vorgenommen.

7. Mecklenburg-Strelitz (Nationalsozial. Regierung)
Gehaltskürzung wie in Preußen.

8. Hamburg und Bremen.
Übergang zur nachträglichen Gehaltszahlung.

Zur Frage der Aufhebung von Finanzämtern wiederholte der Minister, daß eine endgültige Entscheidung nicht fallen werde, bevor weitere Verhandlungen mit dem badischen Finanzministerium geführt worden sind. Im übrigen sei die Aufhebung keine nur badische Angelegenheit, denn sie werde im Rahmen eines größeren Programmes zur Durchführung kommen.

Die Befegung des Postens des Präsidenten des Landesfinanzamtes durch Direktor Müller ist bekannt. Für den neu abzulehrenden Posten eines Abteilungsdirektors hat der Minister bei persönlichen Besprechungen in Berlin den Wunsch geäußert, daß dafür ein Badener in Aussicht genommen werden soll. Es besteht Aussicht, daß dieser Wunsch erfüllt wird.

Bezüglich der Oberpostdirektion Konstanz hat das Reichspostministerium gleichfalls zugesagt, daß mit Baden nochmals verhandelt werden soll, ehe eine endgültige Entscheidung fällt. Auch diese Frage werde im Rahmen eines größeren Programmes entschieden werden.

Die Ausichten, daß die Rheinbrücken von Speyer und Magau zu gleicher Zeit gebaut werden, sind nicht sehr günstig. Es hängt von der Zulage Bayerns ab, wann mit dem Magauer Brückenbau begonnen werden kann.

Im nächsten Frühjahr beginnenden Lotterie, werden zunächst 200 000 Lose dadurch vom Verkauf ausgeschlossen werden, daß von jeder Losnummer nur die ersten sechs Ächse zum Verkauf gelangen. Dem Wünsche nach ganzen und Doppellosen wird jedoch auch weiterhin entsprochen werden können.

Im Finanzausschuß der französischen Kammer entwickelten der Budget- und der Finanzminister die Einsparungen zur Ausgleichung des Defizits. 8 Milliarden Francs sollen durch Einsparungen gedeckt werden, während die restlichen 4 Milliarden durch die Konvertierungsmassnahmen abgedeckt sind.

Amtlicher Teil

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesamtes für Südwestdeutschland in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1932.

Obwohl in der ersten Oktoberhälfte d. J. die Zahl der bei den südwestdeutschen Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitsuchenden nicht mehr abgenommen, sondern um 1663 Personen zugenommen hat, kann die Entwicklung als günstig angesehen werden. Denn während in der gleichen Zeit des Vorjahres eine Zunahme um 11 000 Arbeitsuchende festgestellt wurde, die sich auf sämtliche Berufsgruppen erstreckte, ist in diesem Jahre nur eine Verschlechterung in den ausgesprochenen Saisonberufen, wie Land- und Forstwirtschaft, Industrie der Steine und Erden, Baugewerbe, Verkehrsgewerbe, Lohnarbeit wechselnder Art und Gastwirtschaften zu verzeichnen und außerdem in den Angestelltenberufen, die zum Quartalswechsel die übliche Zunahme der Stellenuchenden zeigen. In den übrigen Berufsgruppen dagegen, so vor allem in der Metallindustrie, in der Textilindustrie, im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und im Bekleidungs- und Schuhgewerbe ist eine bemerkenswerte Abnahme der Arbeitslosen eingetreten. Im ganzen standen in den ersten 14 Tagen des Oktober rund 26 900 Neuzugängen an Arbeitsuchenden 25 800 Abgänge gegenüber. Rund 2500 Einstellungen d. f. 10 v. H. der Abgänge sind nach der vorläufigen Schätzung der Arbeitsämter auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm und auf die Verordnungen zur Belebung der Wirtschaft zurückzuführen. Der Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes hat eine günstige Entwicklung genommen. Während Ende August 8700 Arbeitsdienstwillige beschäftigt wurden, waren es Ende September bereits fast 12 000. Die Zahl der Notstandsarbeiter in den Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge wurde für Ende September mit 7255 Mann festgestellt.

Der Gesamtbestand an Arbeitsuchenden betrug am 15. Oktober 282 006 Personen; 115 579 entfielen auf Württemberg und Hohenzollern und 166 517 auf Baden. Von den Arbeitsuchenden waren 263 812 als arbeitslos anzusehen, und zwar 105 963 in Württemberg und 158 547 in Baden.

Die Entwicklung der Unterstützungszahlen der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge zeigt eine Abnahme um 1025 bzw. um 2905 Hauptunterstützungsempfänger, die zum Teil auf die Zunahme der Beschäftigten in den Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge und des freiwilligen Arbeitsdienstes zurückzuführen ist. Der Stand an Hauptunterstützungsempfängern war am 15. Oktober 1932 folgender:

in der Versicherungsämter Arbeitslosenunterstützung	
34 422 Personen (26 803 Männer, 8119 Frauen)	in der Arbeitslosenunterstützung
68 211 Personen (54 491 Männer, 13 720 Frauen)	

Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 3330 oder um 3,1 v. H. nämlich von 105 963 Personen (82 409 Männer, 23 554 Frauen) auf 102 633 Personen (80 794 Männer, 21 839 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg 43 737 gegen 45 004 auf Baden 58 896 gegen 60 959 am 30. September 1932.

Im Gesamtbezirk des Landesamtes für Südwestdeutschland kamen am 15. Oktober 1932 auf 1000 Einwohner 20,4 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge; dazu kamen auf 1000 Einwohner noch 15,0 Wohlfahrtsdienstleistungen d. f. 75 901 Arbeitslose, die aus der öffentlichen Fürsorge unterstützt wurden.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtszeit hauptsächlich von den Vorgängen in folgenden Berufsgruppen beeinflusst:

In den landwirtschaftlichen Berufen war die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter gering. An Dauerpersonal wurde von den Landwirten in der Regel nur ganz junges Gesinde im Alter von 16—18 Jahren gesucht. Der für den Stellenwechsel der ländlichen Dienstboten am Martinslag gemeldete Bedarf war bisher sehr gering. An Saisonkräften wurden in einigen Bezirken weitere Leute für die Judertrübenernte verlangt. Der Bedarf an Kräften für die Weinerte war nicht von Bedeutung. Das verfügbare Arbeitskräfteangebot in der Land- und Forstwirtschaft ist in der Berichtszeit um 128 Personen auf 4632 gestiegen.

In der Industrie der Steine und Erden hat sich die Beschäftigung der Mainfeldsteinindustrie weiterhin gebessert. In den übrigen Branchen der Baustoffindustrie machte sich aber ein stärkeres Abflauen des Beschäftigungsgrades bemerkbar. Entlassungen wurden in der Zementindustrie und in der Ziegelfabrikation durchgeführt. Außerdem sind Stilllegungsangelegenheiten aus der Tonwarenfabrikation und aus Steinbruchbetrieben eingegangen.

In der Metallverarbeitung und in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate hat sich das verfügbare Arbeitskräfteangebot um 727 Personen, 238 Männer und 489 Frauen, vermindert. Die Abnahme der arbeitsuchenden Frauen im Metallgewerbe ist auf die Neueinstellungen in der Forzheimer Edelmetallindustrie zurückzuführen, in der eine weitere erhebliche Besserung des Beschäftigungsgrades festzustellen war. Auch die Gummi-Edelmetallindustrie ist besser beschäftigt und konnte zahlreiche Arbeitskräfte einstellen. In der übrigen Metallindustrie kam die Besserung vorläufig nur durch Einschaltung der Kurzarbeiter zum Ausdruck. In den handwerklichen Berufen war die Lage für Kaufschmied, Instalatoren und Heizungsinstallateure leicht gebessert.

In der chemischen Industrie hat eine pyrotechnische Fabrik 85 Arbeitskräfte entlassen. Die Kunstseidenfabrikation konnte Arbeiter einstellen.

In der Textilindustrie ist die Zahl der Arbeitsuchenden um 140 Männer und 220 Frauen gesunken. Gebessert hat sich vor allem die Beschäftigung der württembergischen Spinnereien, Webereien und Stickerien. Auch die württembergische Textil-

tagefabrikation war im ganzen gesehen, besser beschäftigt. Schlecht geblieben ist die Arbeitsmarktlage in der nordbadischen Textilindustrie, während im südlichen Baden eine merkwürdige Belebung zu beobachten war.

In der Papierindustrie haben Papier- und Kartonagenfabriken Einstellungen von Arbeitskräften vornehmen können, so daß das verfügbare Kräfteangebot in der Papierindustrie um 160 Personen zurückgegangen ist.

Auch in der Lederindustrie ist die Zahl der Arbeitsuchenden zurückgegangen. Die Lederfabriken sind fast durchweg besser beschäftigt und auch die Linoleumfabrikation hat Arbeitskräfte neu eingestellt. Im Lederverarbeitenden Gewerbe ist in einigen Bezirken eine Besserung der Lage für Sattler und Polsterer in Erscheinung getreten.

In der Spielwarenindustrie hat sich fast durchweg die saisonmäßige Besserung durchgesetzt. Die Musikinstrumentenindustrie dagegen weist weder in der Klavierfabrikation noch in der Harmonikfabrikation eine Belebung auf.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe war der Arbeitslosenstand unverändert. Die rückläufige Bewegung in der Sägewerksindustrie hat sich verstärkt. Die Entwicklung der Möbelindustrie war nicht einheitlich. In der badischen Spantornfabrikation wurden 120 Arbeiter entlassen. Die vermehrte Nachfrage nach Küfern konnte überall gedeckt werden.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hat sich das verfügbare Kräfteangebot um 104 Männer und 601 Frauen vermindert. Aufnahmefähig waren vor allem die Zigarrenfabriken. In der Zuckerindustrie hat die Kampagne begonnen und in der Schokoladen- und Süßwarenfabrikation hat die saisonmäßige Besserung des Beschäftigungsgrades ebenfalls in einigen Bezirken eingetreten.

Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe betrug die Arbeitsuchendenzahl 176 Männer und 191 Frauen. Während für männliche und weibliche Konfektionsarbeiter die Lage erheblich gebessert war, ist für Schuhmacher die Besserung der Beschäftigung noch gering. Stark gefragt waren Kürschner und Pelznäherinnen. In der Schuhindustrie hat ein Großbetrieb seine Belegschaft um 500 Arbeitskräfte auf Grund der Verordnung vom 5. September 1932 vermindert. Auch die übrige Schuhindustrie ist durchweg besser beschäftigt.

Im Friseur- und Reinigungsgewerbe hat sich die Beschäftigungsmöglichkeit verschlechtert. In der Mitte des Monats waren 82 Arbeitsuchende mehr gemeldet, als zu Beginn des Monats.

Im Baugewerbe ist die Zahl der arbeitssuchenden Baufacharbeiter um 359 Mann und die Zahl der Bauhilfsarbeiter um 528 Mann gestiegen. Insgesamt waren 22.412 gelernte Bauhandwerker und 20.755 Bauhilfsarbeiter gemeldet.

Auf dem gewirtschaftlichen Arbeitsmarkt hat die Zahl der Stellenuchenden um 190 Männer und 307 Frauen zugenommen. Die Vermittlungstätigkeit im Gastwirtsberuf war in der Berichtszeit sehr gering.

Die Arbeitslosenzahl im Verkehrsgewerbe hat fast um 1000 Mann zugenommen, insbesondere deswegen, weil bei der Reichsbahn die Entlassungen erheblich stärker waren als die vorgenommenen Einstellungen. Die Verhältnisse im Mannheimer und Rheiner Hafenverkehr haben sich weiter etwas gebessert.

In den Angestelltenberufen ist die Zahl der Stellenuchenden infolge der Quarantänenlassungen um 700 Personen gestiegen. In den übrigen Berufen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.

Verständigung über die Buttereinfuhr

55 000 Tonnen Einfuhrkontingent

Die in Berlin zwischen Dänemark, Finnland und Deutschland geführten Verhandlungen über eine Neuregelung der Buttereinfuhr nach Deutschland haben zu einer Verständigung geführt. Deutschland wird künftig Butter bis zu einer Gesamtmenge von 55 000 Tonnen im Kalenderjahr zur Einfuhr zulassen. Mit Finnland ist für Butter ein einheitlicher Zollsatz von 75 RM. vereinbart worden, der den meistbegünstigten Ländern zusteht. Es ist in Aussicht genommen, diese Regelung vom 15. November d. J. an in Kraft zu setzen.

Das Abkommen stellt eine bemerkenswerte Änderung des bisherigen Zustandes dar. Bisher hatte Deutschland nur ein Zollkontingent für Butter, d. h. es war lediglich die Menge, die zu einem ermäßigten Zollsatz nach Deutschland hereingelassen wurde, zahlenmäßig begrenzt, während der Einfuhr zum autonomen Zollsatz keine Grenze gesetzt war. Jetzt ist die gesamte Buttereinfuhr auf 55 000 Tonnen festgesetzt. Alle meistbegünstigten Länder hatten die Befugnis, das gleiche Kontingent zum gleichen Zollsatz nach Deutschland auszuführen. Von jetzt ab wird die dänische Buttereinfuhr ebenso wie die Einfuhr aus den anderen Ländern, mengenmäßig abgegrenzt, aber es wird ein einheitlicher Zollsatz von 75 RM. unter Wegfall der Valutazuschläge festgesetzt. Finnland verzichtet dabei auf den Vorzugszoll von 50 RM. und auf die volle Ausnutzung des Kontingents von 5000 Tonnen, da es künftig nur noch einen entsprechenden Prozentsatz an dem Gesamtkontingent von 55 000 Tonnen nach Deutschland ausführen kann, während bisher die gesamte Buttereinfuhr nach Deutschland wesentlich höher als 55 000 Tonnen war.

Fraglich ist es vorläufig, wie Holland sich zu dieser Regelung stellen wird, denn Holland hatte bisher angesichts des Standes seiner Valuta keinen Valutazuschlag, und seine Butterausfuhr nach Deutschland wird jetzt eben mengenmäßig im Rahmen des Gesamtkontingents begrenzt.

Deutsch-schweizerisches Kraftverkehrsabkommen

Zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich ist eine Vereinbarung zustande gekommen, derzufolge vom 1. November 1932 an die Führer aller in dem einen Lande zugelassenen Kraftfahrzeuge, die vorübergehend in dem anderen Lande verkehren, auf Grund ihrer nationalen Ausweise für Fahrzeug und Führer zum Grenzübertritt zugelassen werden. Die Vorweisung der im internationalen Abkommen vom 24. April 1926 vorgesehenen internationalen Zulassungs- und Führerscheine ist also nicht mehr notwendig. Dagegen muß das Fahrzeug nach wie vor mit den nationalen Vollzeugschildern und dem im Artikel 5 des genannten internationalen Abkommens vorgeschriebenen Unterscheidungszeichen (Buchstaben CH für die Schweiz und Buchstaben D für Deutschland) versehen sein.

Wogheimer Hochverratsverfahren eingestellt. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Leipzig berichtet wird, ist das Hochverratsverfahren gegen Dr. Best, einen der Führer der baltischen Nationalsozialisten, in der Angelegenheit der bekannten Wogheimer Dokumente, durch Beschluß des IV. Strafsenats des Reichsgerichts eingestellt worden. Das Reichsgericht ist zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Anklage nicht erhoben werden kann.

Die Handelsabkommen von Ottawa angenommen. Das englische Unterhaus nahm am Donnerstag mit 451 gegen 84 Stimmen die Entschließung an, in der die Handelsabkommen von Ottawa gebilligt werden.

Letzte Nachrichten

Die Reichsregierung zur Abrüstungsfrage

Erklärung gegen Behauptungen Hitlers

WTB. Berlin, 21. Okt. Es wird mitgeteilt: In einem Offenen Brief an den Reichskanzler hat Adolf Hitler Behauptungen über den Standpunkt der deutschen Regierung in der Abrüstungsfrage aufgestellt, die im Interesse der deutschen Außenpolitik auf das Schärfste zurückgewiesen werden müssen.

Hitler behauptet: Deutschland sei mit einem Aufrüstungsprogramm vor die Welt getreten; es habe die Forderung nach einer 300 000-Mann-Armee erhoben; es habe ferner den Bau von Großkampfschiffen usw. gefordert.

Diese drei Behauptungen sind in vollem Umfange unwahr. Deutschland hat niemals andere Forderungen erhoben als diejenigen, welche das veröffentlichte Memorandum vom 29. August enthält.

Es verlangt nach wie vor, daß die anderen Staaten auf einen Stand abzurufen, der unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jeden Landes demjenigen Abrüstungsstand entspricht, der aus dem Vertrag von Versailles auferlegt worden ist. Trägt die Abrüstungskonferenz dieser grundsätzlichen Forderung nicht Rechnung, so müssen wir verlangen, daß nicht weiter zu einerlei Recht gilt, sondern daß die im Genf abzuschließende Abrüstungskonvention auch auf Deutschland Anwendung findet. Deutschland fordert auch in diesem Falle keine Aufrüstung.

Der Zustand darf aber nicht weiter bestehen, daß uns grundsätzlich Waffen verboten sind, welche anderen Staaten als unentbehrliche Mittel der Verteidigung erlaubt bleiben.

Die Reichsregierung stellt in aller Öffentlichkeit fest, daß Herr Hitler in seinem Offenen Briefe vom 20. Oktober unwahre Behauptungen erhoben hat, die geeignet sind, das Bild der deutschen Außenpolitik zu verfälschen und damit das Interesse des deutschen Volkes auf das Schwerste zu schädigen.

Das Urteil über dieses Verhalten des Herrn Hitler überläßt die Regierung dem deutschen Volke.

England und die Abrüstung

Neue Vorschläge an Deutschland?

WTB. London, 21. Okt. (Tel.) „Times“ schreibt in einem Leitartikel, die gestrige Ruhepause in den Abrüstungsverhandlungen müsse von den Regierungen, besonders von der britischen, mit ausgenützt werden. Sie müsse darauf bedacht sein, Deutschland wieder zur Konferenz zurückzuführen, und zwar durch Vorschläge, die alles das befriedigen, was an der deutschen Forderung berechtigt sei.

Diese deutsche Forderung sei bisher in einer öffentlichen Erklärung der britischen Regierung noch nicht voll berücksichtigt worden, denn die britische Denkschrift habe sich nicht auf die Frage der verbotenen Waffen erstreckt. Dieser Teil des Problems habe aber gerade eine der Zurücksetzungen, die in der deutschen Öffentlichkeit besonders böses Blut mache. Auf jeden Fall müßten endgültige Vorschläge gemacht werden, und zwar bald, um Deutschland nach Genf zurückzuführen. „Times“ glaubt, logischerweise könne die Konferenz ohne Deutschland fortgesetzt werden, da Deutschland ja entwaffnet sei. Aber in psychologischer Beziehung würde Deutschlands Fehlen verhängnisvoll sein. Die Vorschläge der in Genf bleibenden Delegierten erhielten unmerklich, aber nahezu unvermeidlich eine antideutsche Tendenz. So viele Länder Zentral- und Europas hätten ihre Unabhängigkeit oder einen Gebietszuwachs auf Kosten Deutschlands und seiner Verbündeten gewonnen, so daß ihre Gedanken natürlich auf Sicherung ihrer Gewinne gerichtet seien.

Nach einer Kritik der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands erklärt „Times“, die beklagenswerte Begrenztheit zwischen Frankreich und Deutschland könne am besten dadurch vermindert werden, daß die britische Regierung energisch die Initiative ergreife.

„Proletarische Einheitsfront“ in Frankreich

WTB. Paris, 21. Okt. (Tel.) Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Paul Faure, hat gestern erklärt, der Wunsch der französischen Sozialisten nach Herstellung einer Einheitsfront sei nicht zu bezweifeln. Jeder Vorschlag, der eine Zusammenfassung der Kräfte des proletarischen Sozialismus habe, werde innerhalb der französischen Sozialistischen Partei stets einmütig günstig aufgenommen. Aber die Frage selbst werde der Verwaltungsrat der Sozialistischen Partei demnächst beraten.

Kleine Chronik

Im Braunschweiger Eisenbahnstandort ist jetzt außer dem Reichsbahninspektor Forth auch der Eisenbahnobersekretär Reih festgenommen worden. Forth und Reih hatten gemeinsame Ende gemacht. Die Unterschlagungen betragen insgesamt 48 000 RM. und stammen aus den Geldern, die von der Reichsbahn für Wohnungen für Überwachungen und für den Bahnschutz ausgekehrt worden waren.

In Braunschweig wurde in der Verfassungsinstant nach vierjähriger Verhandlung der Geschäftsführer Dr. Zeigge wegen Verstoßes gegen das Lebensmittellgesetz anstatt zu 200 RM. Geldstrafe zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er war früher der kaufmännische Leiter der Fleischwarenfabrik Strud in Glismarode bei Braunschweig, eines Nebenbetriebes des Kartstadt-Konzerns. In diesem Betriebe waren minderwertiges Material und beanstandete Fertigfabrikate zur Herstellung von Würst- und Fleischwaren verwendet worden. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß T. direkte Anweisung zur Verarbeitung von minderwertigem Material gegeben habe.

Durch Einjurz eines durch Futtermittelvergiftung überlasteten Dachbodens in einem Lagerhaus der Kühlhaus AG. in St. Margrethen (Kanton St. Gallen) wurden 10 Personen getötet und 15 schwer verletzt. Die Opfer sind zum Teil erstift und zum Teil durch herabstürzende Balken erschlagen worden.

Der wegen Tötung seiner Gattin, einer Deutschen in Lugano, zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilte Florentiner Cecchini, wurde am Donnerstag nach der Strafanstalt Lugano verbracht. Als der Wärter am Abend seine Zelle betrat, fand er Cecchini als Leiche auf. Cecchini hatte sich mit einem Leinentuch erhängt.

Fünffache Bürgersteuer in Frankfurt. Der Magistrat beschloß die Erhebung des fünffachen Landessteuers der Bürgersteuer für 1933. Bisher wurde der dreifache Landessteu erhoben.

Wirtschaftliche Umschau

Forderungen des Hausbesitzes — Für weitere Steuerentlastung — Die Belastung des Kraftwagenverkehrs

Unter Hinweis auf die der Landwirtschaft zuteil gewordene Hilfe (die Zinsenkung aus allgemeinen Mitteln, die Erweiterung des Vollstreckungsschutzes und die Kontingentierungspläne für die Agrareinfuhr), hat nun auch die Organisation des deutschen Hausbesitzes, der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, der Reichsregierung eine Anzahl von Forderungen in Form eines Sofortprogramms unterbreitet.

Diese Forderungen werden damit begründet, daß die dem Hausbesitz gewährte steuerliche Erleichterung in Form von Steuergutschriften für bezahlte Grundsteuern im Verhältnis zu der sonstigen steuerlichen Überlastung des Hausbesitzes nur eine unwesentliche Entlastung darstelle und daß auch die 50 Millionen RM. für Wiederinstandsetzung der Altwohnungen und Teilung von Wohnungen keine nachhaltige Hilfe seien. Das Sofortprogramm verlangt vor allem weitere Steuerentlastung, zunächst weitere Senkung der Hauszinssteuern durch Vorverlegung ihres stufenweisen Abbaus, Umwandlung sämtlicher Zinsstufenhypotheken in Tilgungshypotheken, Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes, Beschleunigung der Mietzins- und Räumungsprozesse, für den Neuhäusbesitz Aufhebung jeglicher behördlicher Kontrolle der Mietzinsbildung. Eine generelle Zinsenkung, die bereits einzelne Hausbesitzerorganisationen verlangt hatten, wird mit Rücksicht auf die Notwendigkeit des Leikredits nicht gefordert, jedoch für den Neuhäusbesitz „eine wirksame Zinsentlastung und Senkung der Hypothekentilgung, eventuell vorübergehende Auslegung“. Der betreffende Programmpunkt lautet: „Systematische Pflege des Pfandbriefmarktes mit dem Ziel einer Senkung des Pfandbriefzinses“. In der Begründung zu dieser Forderung wird ausdrücklich „die Wahrung der Unverletzlichkeit eines so großen Wirtschaftsgebiets wie der Immobilien- und Realcreditwirtschaft mit ihren außerordentlich weit verzweigten, bis in die Reihen der kleinsten Sparer reichenden Interessen“ unterstrichen und dabei betont, daß Hausbesitz und Realcredit tatsächlich in höchster Gefahr seien. Bekanntlich wurde ja schon seit Jahren, längst vor der Brüningischen Zinsenkung, versucht, durch Ausgabe eines niedriger verzinslichen Pfandbrieftyps, die Zinsen für den langfristigen Realcredit zu erniedrigen, Bestrebungen, die freilich das Gesez von Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt nicht hatten aufheben können.

Das Programm des Hausbesitzes ist recht auslegungsfähig und gibt der Gesetzgebung im größten Umfange freie Hand, namentlich auf dem Gebiet des Realcreditwesens. Weiter gehen die Forderungen, die auf einer Tagung des Hauptverbandes deutscher Baugenossenschaften und -Gesellschaften in Berlin erhoben wurden. Es handelt sich hier um gemeinnützige Unternehmungen, die bereits aus allgemeinen Mitteln beträchtliche Subventionen empfangen, vor allem in steuerlicher Hinsicht Vorteile sehr erheblichen Umfangs haben. In einer Entschließung forderte die Tagung unter anderem eine „Verminderung der Zinslasten für langfristige Kredite auf einen dauernd tragbaren Satz“. Wenn dies nicht im Wege einer gesetzlichen allgemeinen Zinskonversion möglich sei, so müsse die Reichsregierung dies auf dem Wege einer freiwilligen und individuellen Zinsermäßigung erstreben und notfalls die Genossenschaften durch Zinsbeihilfen unterstützen. Auch diese schon präziser erhobenen Forderungen lassen der Reichsregierung freie Hand, und zwar wohl aus dem gleichen Bedenken, welche die Hausbesitzerorganisationen in ihrer Gesamtheit davon abhielten, eine generelle Zinsenkung zu verlangen, Bedenken, die darauf hinauslaufen, daß eben auch weiterhin der Realcreditmarkt gepflegt werden muß, um die schon wieder vorhandenen Ansätze zu seiner Festigung nicht zu zerstören. Deshalb wurde auch die auf der Baugenossenschaftstagung erhobene Forderung nicht zum Beschluß erhoben, eine Besteuerung aller Zinsen, die über 4 1/2 Proz. hinausgehen, mit einem Steuerfuß von 20 Proz. einzuführen, zumal sie, wenn sie auch theoretisch für den Kapitalgeber gedacht ist, praktisch doch schließlich den Kapitalnehmer, also den Schuldner, vor allem den, der neue Kredite braucht, treffen müßte. Das Schwergewicht der Forderungen des Hausbesitzes liegt offensichtlich bei dem Verlangen nach weiterer Steuerentlastung.

Kraftwagenbesitzer und Automobilindustrie haben sich in der letzten Zeit in verschiedenen Aktionen gegen die hohe Belastung des Kraftwagenverkehrs durch die dauernd erhöhten Treibstoffpreise und die hohe Kraftfahrzeugsteuer gewendet. Sie unterstrichen ihre Aktionen mit dem Hinweis darauf, daß eine Einschränkung des Kraftfahrzeugverkehrs nicht nur sehr erhebliche Steuerausfälle und Verluste an Benzinzoll mit sich bringen müsse, sondern daß auch durch die zu erwartende Zahl der Winterabmeldungen durch die Kraftfahrzeughalter viele Fahrer und Beifahrer brotlos würden und den Arbeitsmarkt mit entsprechenden Unterstüzungen belasten würden.

Die hohen Treibstoffpreise sind bekanntlich auf zwei Umstände zurückzuführen. Einmal auf den Zoll, der an und für sich schon den Preis auf ein Mehrfaches des Weltmarktpreises erhöht und zum anderen auf die nun wieder erhöhte Beimischung von Spirit, die zur Unterstüzung der landwirtschaftlichen Grobbrennereien im Osten verfügt wurde. Die Belastung des Konsums kommt zwar

auch der Allgemeinheit durch die Hölle zugute, aber auf der anderen Seite profitieren davon auch in größtem Umfang die deutschen Benzinproduzenten und der Großhandel sowie die Großbrennereien, und ein Artikel in der „Frankf. Ztg.“ hat den Nutzen, der diesen Faktoren zusammen zufließt, auf rund 80 Mill. geschätzt. Zulezt wurde der deutsche Gesamtbedarf an Treibstoffen auf 1 1/2 Millionen Tonnen geschätzt, von denen vielleicht 150 000 Tonnen aus Benzin deutscher Herkunft befristet werden. Ein Teil des deutschen Erdöls wird bekanntlich von der F. O. Farben in Leuna auf dem synthetischen Wege zu Benzin verarbeitet. Aber die ganze deutsche Benzinproduktion ist nur durch den sehr hohen Zollsatz möglich. Die Reichseinnahmen aus dem Benzinzoll betragen 230 Reichsmark pro Tonne, so daß es sich also um sehr erhebliche Beträge für den Fiskus handelt. Die Interessenten, welche den Abbau des Zolls verlangen (womit natürlich die deutsche Benzinproduktion so ziemlich erledigt wäre), weisen darauf hin, daß durch die Mehreinfluß an Benzin dem Reich entsprechende Mehreinnahmen an Zöllen entstehen würden, während der gesamte Devisenbedarf, der für die Einfuhr derjenigen Mengen, die jetzt in Deutschland erzeugt werden, erforderlich ist, nur auf 9-10 Millionen RM. zu schätzen sei. Die Forcierung der inländischen Benzinproduktion verliere ihren Sinn, wenn sie nur mit derartigen Zuschüssen möglich sei. Die inländische Benzinproduktion müsse solange abgebremsert werden, bis sie ohne derartige überhöhte Schutzzölle, die auf Kosten der Allgemeinheit gehen, rentabel werde.

Der Reichsausschuß der Kraftverkehrswirtschaft hat außerdem eine sofortige Herabsetzung der Pauschalsteuer für Autos für das Winterhalbjahr um 50 Proz. verlangt. Nun sind an der Kraftwagensteuer vor allem die Länder interessiert, die fast ihre gesamten Beträge erhalten. Der Anteil Badens z. B. auf dem auf 180 Millionen geschätzten Aufkommen wird, allerdings optimistisch, auf 6,8 Millionen angenommen. Angesichts der schwierigen Finanzlage wehren sich natürlich die Länder gegen einen derartigen Steuerausfall, und aus Länderreisen wird dagegen Verwahrung eingelegt, daß die Steuer herabgesetzt wird, anstatt daß der Subventionspolitik (Benzinzoll und Spirituumszuschlag) in Angriff genommen wird. In Verhandlungen mit den Ländern, die auch darauf hinwiesen, daß die aus der Autosteuer einkommenden Mittel vor allem für den Straßenbau verwendet werden, also im größten Umfange der Arbeitsbeschaffung zugute kommen, wurde vom Reichsfinanzminister ein Kompromißvorschlag gemacht, wonach von dem 50prozentigen Nachschuß der Pauschalsteuer die Länder lediglich 25 Proz. übernehmen sollen, während das Reich die anderen 25 Proz. selbst tragen soll. Der so für die Länder entstehende Ausfall wird auf etwa 12 1/2 Millionen geschätzt. Dabei ist allerdings nicht zu übersehen, daß durch höhere Abminderung bei Beibehaltung der jetzigen Steuer, wie oben schon dargelegt, mit erhöhten Wohlfahrtslasten auch für die Länder und Gemeinden zu rechnen wäre. Gegenwärtig finden zwischen Reich und Ländern Verhandlungen über die Höhe der Kraftfahrzeugsteuer statt.

Das Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten

Mitteilungen Gregor Straffers
Auf einer Kundgebung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen in Berlin gab Gregor Straffer überraschend große Teile des Wirtschaftsprogramms der Nationalsozialisten bekannt.

Der wirtschaftliche Aufbau der Nationalsozialisten sei geründet auf folgende Grundforderungen: 1. Arbeitsbeschaffung, 2. produktive Kreditbeschaffung (Kreditverweigerung im Ausmaß von circa 3 Milliarden), 3. staatliche Kontrolle des Geld- und Kreditwesens, 4. die Entschuldung der Wirtschaft, 5. Zinsentzug, 6. Wiedereinstellung des deutschen Staatskredits.

In die Stelle der illiquiden Finanzwechsel, die heute bei der Reichsbank als Gelddeckung liegen, treten Produktionswechsel und Regierungssicherheiten, die ein gesunderes Durchbluten der Wirtschaft herbeiführen und den Geldstrom in bestimmten Zeitabständen wieder zur Reichsbank zurückleiten, nämlich bei Einlösung der Produktionswechsel und der Schatzwechsel.

Eine Änderung des Reichsbankgesetzes sei erforderlich, das die Autonomie der Reichsbank beseitigt und die ungeligen, längst durchbrochenen Bindungen in den Fremdwährungen, das Gold, löst. Der gesamte Geldverkehr müsse unter der Aufsicht des Staates stehen und das Bankwesen unter Staatsaufsicht gestellt werden. Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft sei ein gesunder Binnenmarkt und das Rückgrat des Binnenmarktes eine gesunde deutsche Landwirtschaft. Die Preise werden eine Auflockerung erfahren und das Sparen werde wieder einen Sinn haben. Die Sparfähigkeit werde durch staatliche Maßnahmen gefördert.

Politische Ausschreitungen

Die Große Strafkammer in Stolz verurteilte im Schnellverfahren den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Gierisch zu einer Gesamtsstrafe von drei Monaten Zuchthaus, die in vier Monate zwei Wochen Gefängnis umgewandelt wurde. Gierisch hatte bei einer deutschnationalen Wahlversammlung in Stolz eine Sektierschale gegen den deutschnationalen Redner geschleudert.

Die Schierei in Essen-Ort, der ein Angehöriger der Eisernen Front zum Opfer fiel, ist nunmehr aufgelöst. Die verhängnisvollen Schüsse hat der 18 Jahre alte Nationalsozialist Ditthardt abgegeben.

Das Sondergericht in Duisburg verurteilte zwei Kommunisten, die am 15. August in Buchholz einen Nationalsozialisten und Polizeibeamte mißhandelt hatten, zu je 10 Jahren Zuchthaus.

Der Reichsverkehrsminister hat an den Luftschiffbau Zeppelin aus Anlaß der Zurücklegung des 500 000. Kilometer ein Glückwunschtelegramm gerichtet und beste Wünsche für weitere glückliche Fahrten ausgesprochen.

Der deutsche Weltflieger Wolfgang von Gronau ist am Donnerstag in Colombo eingetroffen.

Reichsbank und Wirtschaftspolitik

Eine Rede Dr. Luthers

Im Hamburger Aker-Club sprach der Reichsbankpräsident Dr. Luther.

Eine Diskussion über die Sicherheit der Währung sei überflüssig, da die Währung heute als absolut gesichert zu betrachten sei. Zu dem Wirtschaftsprogramm der Regierung sagte er, was vor einem halben Jahre und auch vor Kaufmann ein schwerer Fehler gewesen wäre, sei heute Gebot der Stunde. Der große Schrumpfungsvorgang habe, wie in der ganzen Welt, so auch in Deutschland in der Hauptsache aufgehört. Das Ausmaß des deutschen Aufbauplanes sei nicht beliebig gegriffen, sondern ihm lägen bestimmte wirtschaftliche Betrachtungen der Reichsregierung mit zahlenmäßigen Schlussfolgerungen zugrunde, die auch als finanziell und kreditmäßig vertretbar erachtet werden dürften.

Außer der Festigkeit in der Durchführung des beschlossenen Programms brauche das Wirtschaftsleben zu seiner Erhaltung Ruhe und Abmilderung; dazu gehöre aber, daß auch das Gefühl gewählter Reichssicherheit wieder anwache. Vertrauen könne nur auf dem Boden der Reichssicherheit gedeihen. In diesem Zusammenhang ging der Redner auf die Frage der Zinsentzug ein und betonte, daß der niedrige Zins, der zur Festigung der deutschen Wirtschaft nötig sei, in dieser Richtung nur wirksam würde, wenn die Zinsentzug auf dem natürlichen Wege steigender Geldangebote im Geld- und Kapitalmarkt komme. Zur Wiedereingebung von Vertrauen müßten aber auch alle Kräfte darauf gerichtet werden, die natürlichen Gesetze des Wirtschaftslebens wieder zu freier Geltung zu bringen. Je schmerzlicher und ernster die Zeiten, um so notwendiger ist die Unabhängigkeit der Notenbank.

Zu den Kontingentsfragen sagte Dr. Luther, daß die Gesamtlage, in der die jetzigen Erörterungen dieser Materie entfallen seien, nicht etwa durch Deutschland, sondern durch die handelspolitischen Maßnahmen des Auslandes hervorgerufen worden sei. Die deutschen industriellen Anlagen seien größtenteils auf die Produktion von Ausfuhrartikeln eingerichtet, die der Binnenmarkt nicht oder keinesfalls in der gleichen Menge gebrauchen könne. Eine Umstellung der Industrie auf die Bedürfnisse des Binnenmarktes würde infolgedessen eine Krise hervorrufen, nach der Deutschland jetzt kein Verlangen haben sollte. Für die praktisch übersehbare Zukunft müsse damit gerechnet werden, daß weiteres Abfinden der Ausfuhr neue Erwerbslosigkeit und neue Entwertung deutschen Volkseinkommens bedeute. Der Markt für ausländische und für inländische Erzeugnisse hänge so innig zusammen, daß man nicht einen Teil zerstören könne, ohne den anderen mit zu zerstören.

Der Redner ging dann auf die Frage eines staatlich geleiteten Außenhandelsmonopols ein. Der Export von Rohstoffen könne wohl durch ein derartiges Institut bewahrt werden, nicht aber der Export vielgestaltiger Qualitätswaren.

Das Ausland habe nie an dem Willen der Reichsbank zweifeln können, den ausländischen Schuldendienst aufrechtzuerhalten. Das bisherige Verfahren könne aber nur solange beibehalten werden, als überschüssige aus dem Waren- und Leistungsvorteil mit dem Auslande die notwendigen Devisen liefern. Dabei müsse Deutschland aber auch den gegenwärtigen und sich etwa entwickelnden Problemen der für Volk und Wirtschaft notwendigen Einfuhr Rechnung tragen.

Zur Kreditwirtschaft betonte Dr. Luther u. a., daß es keinen anderen objektiven Maßstab für die Kreditverteilung im großen gebe als die privatwirtschaftliche Prüfung der Rentabilität. Die von der Reichsbank immer für richtig gehaltene Forderung, man solle die Banken reprivatisieren, bedeute deshalb für die Gegenwart besonders, daß Reich und Goldbank keine Maßregeln ergreifen dürften, die die Anwendung privatrechtlicher Vorrichtungen auf Entscheidungen über Kreditgewährung in Frage stellen.

Verlagung des Klepper-Ausschusses

Die Zeitungssubventionen

Der Klepper-Ausschuß hat am Donnerstag seine Verhandlungen bis nach dem 6. November vertagt, nachdem ein Redakteur einer landwirtschaftlichen Zeitschrift schwere Angriffe gegen Minister Klepper vorgebracht hatte. Redakteur Melzer von der „Landwirtschaftlichen Wochenschau“ befand sich als Zeuge, daß er sich vor mehreren Jahren bei einem Essen der Rentenbankkreditanstalt mit Klepper, dem damaligen Präsidenten der Preußenkasse, unterhalten habe. Im Verlaufe des Gesprächs habe Klepper ihm einen Kredit ohne Sicherheit angeboten, obgleich er gegen Klepper als Präsidenten der Preußenkasse den schärfsten Kampf geführt habe.

Auf Verlangen mußte Melzer zugeben, daß er nicht beschwören könne, es liege die Sicherheit vor, daß Klepper ihn kaufen wollte, doch habe sich Klepper vor dieser Unterredung wiederholt mit ihm darüber unterhalten, ob er nicht näher auf seine Linie eingehen könnte.

Minister Klepper hat dazu erklärt, er bedauere es, daß er nicht dem Zeugen Melzer gegenübergestellt worden ist. Er betonte, daß die Aussage Melzers „von A bis Z erfunden“ sei.

Die Ausschussmehrheit beschloß, den Reichswehrminister über die Frage zu vernehmen, ob Zeitungen Reichsgelder abschleichen. Das Reichswehrministerium hat aber bereits erklärt lassen, daß aus Mitteln dieses Ministeriums keinerlei Unterstützungen an Zeitungen bezahlt worden sind und bezahlt werden, auch nicht an die „Tägliche Rundschau“ und die „Berliner Börsenzeitung“.

Badischer Teil

Sesslesung der Kreiswahlvorschläge

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Am Montag, den 24. Oktober 1932, vormittags 10 Uhr, findet im großen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern, Schloßplatz 19, III. Stock, die Sitzung des Kreiswahlausschusses des 32. Reichstagswahlkreises zur Prüfung der Kreiswahlvorschläge und Beschlußfassung über ihre Zulassung statt. Der Zutritt zur Sitzung steht den Stimmberechtigten offen.

Der Badische Kriegerbund zum Fall Daubmann

In seinem Organ, „Badische Kriegerzeitung“, veröffentlicht das Präsidium des Badischen Kriegerbundes zum Fall Daubmann eine Erklärung, in der es u. a. heißt, daß das Präsidium strengste Zurückhaltung geübt habe von dem Augenblicke an, wo ihm Bedenken an der Wahrheit der Erzählungen Daubmanns aufgetrieben seien. Es habe auch stets, wenn es rechtzeitig davon Kenntnis erhielt, daß ein Verein Daubmann zu einem Vortrag einladen wollte, Zurückhaltung und Abwarten, bis der Fall völlig geklärt sei, anempfohlen.

Aus den Parteien

Wie die „Rannheimer Volksstimme“ mitteilt, hat am vergangenen Montag eine Sitzung des Landesvorstandes der badischen Sozialdemokratie — es war nicht die erste in dieser Angelegenheit — stattgefunden, die sich mit der Konforbatsfrage

beschäftigte. Auf Grund der dabei gepflogenen Aussprache werden die Landesbestimmungen, deren Geltung ablehnend ist, in der nächsten Zeit, wenn irgend möglich, noch vor den Reichstagswahlen, auf jeden Fall aber noch rechtzeitig, bevor der Konforbatsentwurf im Landtag zur Beschlußfassung kommt, noch einmal mit der Landtagsfraktion zu einer Beratung über die ganze Angelegenheit zusammenkommen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	21. Oktober		20. Oktober	
	Geld	Devisen	Geld	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.63	169.97	169.53	169.87
Kopenhagen 100 Kr.	74.13	74.27	73.99	74.12
Italien . . . 100 L.	21.55	21.59	21.55	21.59
London . . . 1 Pf.	14.28	14.32	14.24	14.28
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.54	16.58	16.53	16.54
Schweiz . . . 100 Fr.	81.29	81.45	81.27	81.43
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.02
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Börsen- und Geldmarkt

Die Börse war auch in dieser Woche lustlos und schwächer. Die Zeit vor den Wahlen lähmt die Unternehmungslust; auch scheint die in einzelnen Branchen angebahnte oder erwartete Geschäftsbelebung die Mittel des Publikums abseits der Börse jetzt mehr zu beanspruchen. Auch die schwächere Haltung der New Yorker Börse wirkte ungünstig ein. Der Spekulationsmarkt es an Anregung. Der Rückgang erstreckte sich am Aktienmarkt ziemlich gleichmäßig auf alle Gebiete. Nur bereinigt boten Publikumsaufträge eine kleine Stütze. Der Rentenmarkt war bei kleinem Geschäft ebenfalls schwächer. So lagen vor allem Industrie-Obligationen, ferner Stadianleihen, Liquidationspfandbriefe niedriger, während Landanleihen wenig verändert waren.

Nach der Schrumpfung des Akzeptumlaufs seit der Kreditkrise im letzten Jahre ist allmählich wieder eine Ausdehnung des deutschen Wechselkredits eingetreten. Der Reichsbank dürfte die Ausdehnung des Akzeptumlaufs nicht ungelogen kommen. Infolge der umfangreichen Fälligkeit früherer Reichsschatzhanweisungen gestaltete sich der Absatz neuer Reichsschatzhanweisungen und Reichsschatzwechsel seit der Reichsbank ziemlich lebhaft. Die Entwicklung der Devisenbilanz der Reichsbank ist erfreulich. Von einem Einfluß der Diskontierung auf die kreditmäßige Beanspruchung des Instituts war noch wenig zu spüren. Die Reueinstellung von Arbeitskräften scheint hauptsächlich aus Barmitteln, nicht durch neue Kredite ermöglicht worden zu sein.

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statistische Abteilung) vom 19. Oktober 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 19. Oktober 1932 für eine Unze Feingold = 122 sh 2 d, in deutscher Währung nach dem Berliner Mitteltkurs für ein englisches Pfund vom 19. Oktober 1932 mit 14,25 RM. umgerechnet = 87,0438 RM., für ein Gramm Feingold demnach = 47,1330 pence, in deutsche Währung umgerechnet = 2,79852 RM.

Die Börseneinführung der Steuergutscheine wird, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, kaum vor Anfang November erfolgen. Vorbedingung ist vor allem der Abschluß der Verhandlungen über das Abfangen eines eventuellen übermäßigen Verkaufsdrucks. Die kleinen Stücke unter 100 RM. sollen nach einem Wunsche aus Berliner Börsenvorstandskreisen nicht amtlich notiert werden, so daß sich die Einrichtung einer sechsten Notiz neben den fünf-Kursen für die fünf Jahrgänge der großen Stücke erübrigt.

Der Devisenbüchsbetrag für November beträgt 50 Proz. der allgemeinen Genehmigungen.

Weitere Mehrpreiserhöhung der süddeutschen Grobmühlen. Die Süddeutschen Grobmühlen haben am 20. Oktober die Mehrpreise wieder um 0,10 RM. pro Sad ermäßigt. Es ist dies die vierte Herabsetzung in dieser Woche. Die Preise stellen sich hiernach für 100 Kilogramm süddeutsches Weizenmehl Spezial 0 auf 30,70 RM. und für Sondermahlung auf 31,70 RM. ab Mühlenstation.

Brown Boveri & Co. AG., Mannheim. Zum Abschluß für 1931, der einen vorzutragenden Verlust von 7,91 Millionen Reichsmark ausweist, nachdem im Vorjahre noch 5 Prozent Dividende aus 1,32 Millionen Reichsmark verteilt wurden, bemerkt der Vorstandsbericht, daß ohne die außerordentlichen Verluste, wie 1,65 Millionen Reichsmark Materialwertverlust und Debitorenausfälle und Rückstellungen, sowie 3,27 Millionen Reichsmark Abschreibungen auf die Beteiligungen, der Jahresverlust nur 2 Millionen Reichsmark betragen hätte, da die technische Entwicklung der Energieerzeugnisse und Umwandlung noch nicht abgeschlossen ist, ist man für die Zukunft optimistisch gestimmt, zumal man sich besonders auf Konstruktions- und Verbilligung der Erzeugung und Umformung eingestellt hat. Zum Aufwühlungsprogramm wird dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Elektroindustrie vernachlässigt werde, obwohl jede Maßnahme zur Steigerung des Verbrauchs elektrischer Energie sich früher oder später als wirtschaftlich erweisen wird. Dies gilt insbesondere für die Rollbahnelektrifizierung, die die Reichsbahn im In- und Ausland konkurrenzfähiger machen würde, und der Startstromindustrie, einen Ausgleich für die zunächst ausbleibende Konjunkturbelebung bringen könnte. Die Konzernbetriebe, die feines und mittleres Material herstellen, könnten heute allerdings schon die ersten leichten Anzeichen einer Geschäftsbesserung feststellen. Der Umsatz blieb um 22 Prozent hinter dem Vorjahr zurück. Vom Gesamtumsatz gingen 40 Prozent ins Ausland.

Diskontierung in Polen. Die Bank Polska hat ihren Diskontsatz von 7 1/2 auf 6 Proz. herabgesetzt.

Geschäftliches

Die seit vielen Jahren in Karlsruhe bestehende und weit über die Grenzen Badens für Qualitätsarbeit bestens bekannte Bau- und Möbelfabrik Markstaber & Barth, hat in ihren umfangreichen Fabrikräumen Karlsruhe-Mühlburg, Neureuther Straße 4, ihre Möbelfabrikstelle ganz bedeutend erweitert und stehen dorten Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer, Rücken und Einzelmöbel in bekannter, bester Qualität, durchsortiert von den billigsten bis zu den teuersten Preislagen zum Verkauf. Den Verhältnissen Rechnung tragend, wurde von seiten der Firma ganz besonders Wert darauf gelegt, jedermann Gelegenheit zu bieten, schon zu den billigsten Preisen, Qualitätsmöbel erwerben zu können.

Der Verkauf wird nur an Private getätigt, und es dürfte Verlobten und Möbelinteressenten bei deren Besuch, den wir mit Rücksicht auf den Umfang und den erstklassigen Geschmack der Ausstellung sehr empfehlen können, nur wirklich Interessantes geboten werden.

Aus der Landeshauptstadt

Sonntagsrückfahrten über Merbelingen. Die Geltungsdauer der im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe und im Verkehr mit Privatbahnen zur Ausgabe kommenden Sonntagsrückfahrten wird in diesem Jahre auf die Zeit von 29. Oktober, 12 Uhr, bis zum 2. November, 12 Uhr, ausgedehnt. Die Sonntagsrückfahrten gelten also zur Einfahrt vom Samstag, den 29. Oktober, 12 Uhr, bis Dienstag, den 1. November, und zur Rückfahrt vom Samstag, den 29. Oktober, nachmittags, bis zum Mittwoch, den 2. November, 12 Uhr. Die Rückfahrt muß auf dem Zielbahnhof der Fahrkarte am Mittwoch, den 2. November, spätestens um 12 Uhr, von Unterwegs-Bahnhöfen spätestens mit dem Zuge angetreten oder fortgesetzt werden, der den Zielbahnhof um 12 Uhr verläßt. Die Rückfahrt ist nach 12 Uhr ohne Fahrunterbrechung zurückzulegen. Im Wechselverkehr mit den Saarbahnen gelten die Sonntagsrückfahrten wie auf der Reichsbahn und im Verkehr mit Privatbahnen, jedoch mit folgender Ausnahme: die am Samstag, den 29. Oktober und am Montag, den 31. Oktober zur Einfahrt benutzten Sonntagsrückfahrten gelten am gleichen Tage nicht zur Rückfahrt.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Eine Sonderheit auf dem Gebiete des Filmwesens bietet der Zeitonfilm „Mädchen in Uniform“, nach dem Bühnenstück „Geftern und Heute“ von Christa Winsloe. Die Handlung führt uns in ein Lärchen-erziehungsheim, mit all seinen „Reihen“, um junge Mädchen zu brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft heranzuziehen. Nur wenige Erzieherinnen haben das nötige Zeug in sich, ihren Mitmenschen Führerin zu sein. Der Film verdient durch die Berührung eines befandenen Themas bei Erzieherinnen und Erzieherinnen alleseitige Beachtung. — Einige recht wertvolle Beifläme verschönern das Programm.

Zusammengebrochener Streik. Der vor etwa 10 Tagen verfaßte Streik der Karlsruher Pflichtarbeiter, zu dem die Kommunisten die Parole gaben, ist zusammengebrochen, da nur wenige, meist unbeschäftigte und nichtorganisierte Arbeiter, der Parole Folge leisteten. Inzwischen ist jedoch von der Mehrzahl der Karlsruher Pflichtarbeiter die Forderung erhoben worden, die bisherige Zulage für die Tage der Pflichtarbeit um 100 Prozent zu erhöhen und die Winterhilfe alsbald in Kraft zu setzen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitagmorgen: Die über England herangezogene Zyklone hat bisher noch nicht weiter nach Süden übergegriffen, so daß wir zwar bewölkt aber trockenes Wetter behalten haben. Im Kanal ist jetzt ein Randwirbel entstanden, der uns stark aufwehende Südwestwinde, voraussichtlich aber keine nennenswerten Niederschläge bringen wird. Voraussage: Mildes und wolfiges, aber noch meist trockenes Wetter bei zeitweisen starken Südwestwinden.

Wasserstände: Waldshut 223 minus 2, Basel 15 minus 3, Rheindweiler 170 minus 10, Rühl 235 plus 2, Maxau 384 minus 2, Mannheim 249 minus 5, Caub 176 minus 1 Zentimeter.

Gemeinderundschau Die Bürgersteuer in Baden

Der Stadtrat Vörrach hat die Einführung der fünffachen Bürgersteuer für das Kalenderjahr 1933 abgelehnt. Daraufhin ist sie vom Bürgermeister selbst in Kraft gesetzt worden.

In Furtwangen hat der Bürgermeister auf Grund der Badischen Haushaltsnotverordnung für 1933 die Erhebung der fünffachen Bürgersteuer angeordnet.

In Zell i. B. sah der Gemeindeboranschlag für 1933 nach Vornahme der verschiedenen, im Benehmen mit der Staatsaufsichtsbehörde vollzogenen, Abänderungen und Streichungen, Ausgaben von 471 348 RM. und Einnahmen (einschließlich Gemeindesteuern, Bürgersteuern im dreifachen Landesfuß und erhöhter Bürgergenussabgabe) von 352 804 RM. vor, so daß ein nicht zu bedenkender Fehlbetrag von 119 044 RM. verblieb. Weil nun ein Ausgleich trotz Ausnützung aller zur Verfügung stehender Einnahmequellen und bei äußerster Sparsamkeit nicht möglich ist, wurde der Vorschlag vom Gemeinderat abgelehnt. Auch der Bürgermeister-Stellvertreter lehnte aus dem gleichen Grunde Anordnung auf Grund des Art. 11 der bad. Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 ab.

In Konstanz hat der Bürgermeister für den Fall, daß der Minister Bedenken haben sollte, die neunfache Bürgersteuer für 1933 zu genehmigen, den Ersatzvorschlag gemacht, die Bürgersteuer dann mit dem sechsfachen Landesfuß vom 1. Januar 1933 zu erheben. Die Gemeindebürgersteuer soll bis zur gesetzlich zulässigen Grenze erhöht werden.

Notstandsarbeiten. Ein Wunsch der Gemeinden. Im Hinblick auf die Finanzlage der Gemeinden hat der Verband badischer Gemeinden an den Deutschen Landgemeindetag in Berlin das Ersuchen gerichtet, beim Reichsarbeitsministerium wegen einer Änderung der Richtlinien über Grundförderung in dem Sinne vorstellig zu werden, daß, soweit Empfänger von Arbeitsunterstützung beschäftigt werden, das Reich die vollen Kosten trägt statt wie bisher nur vier Fünftel.

Der Bürgerauschuß Engen stimmte der Reduzierung des Schulgeldes an der von den Lehrfrauen des Konstanzer Klosters Goffingen geleiteten Frauenarbeitschule um rund 20 Prozent zu, um den Schulbesuch, der in letzter Zeit sehr zurückgegangen ist, wieder zu heben. Der Bürgermeister begründete eingehend die notwendig gemordene Einführung der fünffachen Bürgersteuer, die naturgemäß auf wenig Beifall stieß.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Landwirtschaftliche Herbstwoche in Freiburg

Die Landwirtschaftliche Herbstwoche in Freiburg i. Br. am 20. Okt. Die Landwirtschaftliche Herbstwoche in Freiburg i. Br. zeichnet sich, wie ihre Vorgängerinnen durch einen starken Besuch seitens der landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht nur der näheren Umgebung Freiburgs, sondern aus ganz Oberbaden aus. Ihre Bedeutung für die oberbadische Landwirtschaft ist nicht mehr zu bestreiten. Der 9. Verbands-Zuchtwirtschaft des Mittelbadischen Fleckviehzuchtverbandes im ehemaligen Artilleriedepot hatte einen Auftrieb

von 92 Farcen und 102 weißlichen Tieren. Die Qualität und Quantität der aufgetriebenen Tiere entsprach in jeder Hinsicht den Erwartungen der zahlreich erschienenen Käufer und Interessenten. Wuchs und Aussehen der Tiere sind ganz hervorragend. Zum Unterschied von den Märkten der Vorderwälder Zuchtordnung läßt sich ein Mangel an Kraftfutter nicht feststellen. Besonders Interesse rufen vor allem die Preisträger der V.G.-Schau in Mannheim, die Zuchtbullen Humbold-Max, Sultan, Markgraf und Michel hervor. Hinsichtlich des Pferdemarktes kann bemerkt werden, daß dieser sich im eng begrenzten Rahmen hält. Man kann von einem mittleren Auftrieb sprechen. Die schweren Händlerperde fehlen, dagegen ist eine reiche Auswahl an guten mittelschweren Arbeitstieren vorhanden. Auch das landwirtschaftliche Nutzpferd ist vertreten.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt enthält Verordnungen des Ministers des Innern über die polizeilichen Maßnahmen aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahl und des Justizministers über Änderung des Landesjustizkostengebührens, ferner eine Bekanntmachung des Ministers des Innern über Vornahme einer Viehzählung am 1. Dezember 1932.

Staatsanzeiger

Erste juristische Staatsprüfung im Spätjahr 1932.

Die erste juristische Staatsprüfung im Spätjahr 1932 haben folgende Rechtskandidaten bestanden:

Altküster Walter aus Weinheim, Führ Heinz aus Breisach, Beder Fritz aus Mannheim, Bergmann Ludwig aus Heidelberg, Correll Karl aus Mainz, Fehrer Julius aus Konstanz, Fink Josef aus Freiburg, Freudenberg Horst aus Weinheim, Fuchs Robert aus Karlsruhe, Freiberger Viktor aus Breisach, Göttsche Walter aus Mannheim, Gräfer Hans aus Buchen, Heiß Karl aus Offenburg, Herr Alexander aus Freiburg, Herr Walter aus Mannheim, Hoffmann Heinrich aus Heidelberg, Hofheinz Günter aus Heidelberg, Hoffmann Hellmut aus Bad Rappenau, Holzerbach Franz aus Kleinschölkheim, Kaiser Heinrich aus Mannheim, Klein Hermann aus Mannheim, Krämer Theodor aus Pforzheim, Krattert Herbert aus Lahr, Landau Bertha aus Pforzheim, Lang Berthold aus Karlsruhe, Leonhardt Johanna aus Korb, Meißner Rudolf aus Mannheim, Menck Richard aus Kolmar, Mertens Erich aus Heidelberg, Mousen Wilhelm Erich aus Breisach, Müller Otto aus Verleburg, Neumann Ilse aus Würzburg, Ostreicher Hans aus Gadderbaum, Reichel Fritz aus Karlsruhe, Sachs Ernst aus Lahr, Schneider Erich aus Breisach, Schrag Paul aus Karlsruhe, Schwaiger Ernst aus Weingarten, Schwender Walter aus Ergingen, Seig Friedrich aus Volketshausen, Freiherr von Stözingen Gebhard aus Eppingen, Stübke Erich aus Karlsruhe, Vertisch Peter aus Vörrach, Walter Waldemar aus Lahr, Walz Josef aus Krautheim, Wehrle Herbert aus Triebert, Württemberg Thomas aus Jülich.

Karlsruhe, den 17. Oktober 1932.

Der Justizminister:

S. B. Dr. Schmidt.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Marinaden bester Qualität

- Bismarckheringe . . . 1/2 Liter-Dose 78 Pf
- Rollmops 1/2 Liter-Dose 48 Pf
- Geleeheringe 1/2 Liter-Dose 48 Pf
- Bismarckheringe offen . . . Stück 10 Pf
- Rollmops off., jenach Größe, St. 7, 10 u. 11 Pf
- Salzheringe Milchner . . . Stück 10 Pf
- Bücklinge Pfund 26 Pf

Spezialität: Aus eigener Kellerei
süßer Apfelmost Liter . . . 22 Pf

Hülsenfrüchte prima Qualität neue Ernte

- Kartoffeln, gelbe Pfund 3 Pf
- Fildersauerkraut Pfund 10 Pf
- Dürrfleisch, mag. u. knochenl. . . Pfund 28 Pf
- Schinken, feinst. gekochten 1/2 Pfund 33 Pf
- Tafeläpfel z. Einleg. geeign. Pfd. 14 u. 16 Pf
- Linsen, extra große Pfund 36 Pf
- Linsen, mittelgroße Pfund 24 Pf
- Perlbohnen, weiße Pfund 16 Pf
- Erbsen, gelbe, ganze Pfund 28 Pf
- Erbsen, gelbe, halbe Pfund 20 Pf

Wir bitten unsere Mitglieder, nicht nur auf die vorteilhaften Preise, sondern auch auf die anerkannt guten Qualitäten zu achten! M.88

— Warenabgabe nur an Mitglieder —

Lebensbedürfnisverein

Bauarbeiten-Vergabung

Nachstehende Bauarbeiten für den Universitäts-Neubau in Heidelberg sollen im Wege des öffentlichen Ausschreibens vergeben werden. Erhebung der Unterlagen gegen Erstattung der Kosten (nicht in Briefmarken) in Karlsruhe, Leopoldstraße 7a, in Heidelberg, Schulgasse 6, bei der Baustelle, jeweils 9—12 Uhr vormittags.

- a) 1. Zimmerarbeiten Kosten RM. 0,60
 2. Dachdecker- u. Blitzableiter-Arb. 1,15
 3. Blechmerarbeiten 0,90
 4. Schmiedearbeiten 0,75
- Abgabe der Unterlagen und Auskunftserteilung in Karlsruhe am 22., 24. und 26. d. M., in Heidelberg am 25. d. M. Abgabetermin für die Angebote am 31. Oktober 1932.
- b) 5. Sanitäre Installation Kosten RM. 1,80
 6. Heizung u. Lüftung 2,00
 7. Wärmeisolierung 0,85
 8. Startstromanlage 1,85

Abgabe der Unterlagen und Auskunftserteilung in Karlsruhe am 2., 3. und 5. November, in Heidelberg am 4. November d. J. Abgabetermin für die Angebote am 15. November 1932.

Die Bauleitung:
E. B. Gutmann.

FORMULARE

und sämtliche Drucksachen für Behörden
liefert prompt und preiswert

G. BRAUN G. M. B. H.

vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag

KARLSRUHE

Karl-Friedrich-Straße 14. Telefon 952—54

Druck G. Braun, Karlsruhe



Badisches Landestheater

Samstag, 22. Oktober 1932
* B. 5. Th.-Gem., I. S.-Gr.

Ballet-Abend

Scheherazade und Tänze
in bunter Folge
Regie: Dvorak
Dirigent: Ebbede

Scheherazade
Langpantomime
von Nimsch-Sorjafoff

Mitwirkende:
Dahlinger, Dingler, Fischer,
Hoffmann, Kay, Kuhlmann,
Schulke, Silberdorff, Wid-
mann, Dvorak, Gospach

1. Polka — 2. Kleiner Walzer — 3. Arabeske —
4. Holzmännchen — 5.
Deutsche Tänze — 6. Scherzo
— 7. Polowitzer Tänze aus
„Fürst Igor“

Mitwirkende:
Das Ballett, die Kinder-
ballettschule

Anfang 20 Ende 22
Preise C (0,80—4,50 RM)

So. 23. 10. Nachmittags:
Der 18. Oktober. Abends:
Die ägyptische Helena. Im
Konzertth.: Diebling abieu.

Fabrik MUHLBURG MÖBEL-VERKAUF

Wir bieten eine riesige Auswahl in Qualitäts-Möbeln aller Preislagen:
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer, Küchen usw.

2 Beispiele unserer Leistungsfähigkeit:
Schlafzimmer, hochglanz poliert von RM. 475.-
Mod. Küchen mit Kühlkasten etc., kompl. von RM. 90.-

Wir bitten um zwanglose Besichtigung

Markstahler & Barth

Das Haus für Alle, die gut und billig kaufen wollen!

Auf Anruf 6496/6497 werden Interessenten durch Auto kostenlos abgeholt

Spar- und Waisenkasse Wehr (Öffentliche Sparkasse)

Bilanz per 31. Dezember 1931

Activa	RM	Passiva	RM
Kasse	15 947,25	Bankschulden	17 033,94
Bausparguthaben u. Postspark.	4 736,50	Giro- und Kontokorrent-	
Wechsel	6 629,90	einlagen	85 992,53
Kontokorrentguthaben	130 905,83	Spareinlagen	1 095 688,34
Eigene Wertpapiere	63 679,50	Rücklage von früh. Jahren	61 155,29
Darlehen gegen Hypothek.	773 564,04	Reingewinn 1931	17 387,60
Darlehen gegen Schuldsch.	36 755,60		
Darlehen an Gemeinden			
und Körperschaften	200 687,21		
Grundstückkaufgelder	12 630,-		
Einnahmerückstände	31 650,87		
Einzahlung	1,-		
	1 277 237,70		1 277 237,70

Gewinn- und Verlustrechnung 1931

Verwaltungsaufwand		Zinsenüberschuss	31 084,41
a) persönlich	10 635,03	Gebühren und sonstige	
b) sachlich	4 087,27	Einnahmen	2 375,14
Abschreibung an Gerät-			
schaften	1 369,65		
Reingewinn	17 387,60		
	33 459,55		33 459,55

Wehr, den 5. Oktober 1932.

Der Verwaltungsratsvorsitzende:
Reber.

Der Rechner:
Strobel.

5217